

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. B. Zeller (Karl Zeller) Nagold.

Bestellertafel Zeitung im
Oberamtsbezirk Nagold. —
Kaufpreis 10 Pfennig
bei jedem Bestellen

Wir sind bestrebt, durch
unsern Inhalt den Lesern
den besten Nutzen zu
verschaffen. —
Kaufpreis 10 Pfennig
bei jedem Bestellen

Telegraphische Adresse:
„Gesellschafter Nagold.“
Postfachnummer:
Stuttgart 5113.

Bestellt an jedem
Büchlein nehmen
samtliche Postämter
und Postboten entgegen.

Wochenpreis
für 10 Hefen, 1.00
einzelne Hefen, 10 Pfennig.
Anzeigen: Die erste Spalte
auf der ersten Seite
kostet 10 Pfennig, die
weiteren 5 Pfennig.
Anzeigen auf der
zweiten Seite 5 Pfennig,
auf der dritten Seite
3 Pfennig.

Nr. 117

Begründet 1826.

Montag den 19. Mai 1924

Preis pro Nummer 20 Pfennig

98. Jahrgang

Tagespiegel

Bei der ersten Besprechung der Moskauer Note im Reichskabinett gingen die Ansichten über die Annahme der russischen Forderungen auseinander. Stresemann will einen Abbruch der Verhandlungen unter allen Umständen vermeiden wissen. Wahrscheinlich werden zunächst Gegenvorschläge nach Moskau gemacht.

Zwischen Poincaré und Mac Donald hat in den letzten Tagen ein wiederholter Briefwechsel stattgefunden, der, wie bekannt, fortgesetzt werden soll. Poincaré wird seine Anschauungen über die Entschädigungsfrage auseinandersetzen, ohne der Entscheidung der kommenden Regierung vorzugreifen. Die englisch-französische Verständigung in die Frage, schreibt der „Matin“, sei gewiss und Poincaré werde seinem Nachfolger eine klare und günstige Lage hinterlassen.

Das englische Unterhaus hat einen Antrag der Arbeiterpartei, die Bergwerke zu enteignen und zum Gemeinbesitz zu machen, mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hatte den Antrag scharf verurteilt. Bei der Abstimmung waren die Liberalen gespalten.

Das italienische Königspaar wird am 26. Mai zum Besuch in London einreisen.

In Oporto (Portugal) soll ein Generalstreik ausbrechen. Die Regierung hat den Belagerungszustand verhängt.

Pfund oder Dollar?

Der Aufsichtsrat der amerikanischen Bundesreservebank hat in seinem Bericht über das Dawes-Gutachten die Forderung aufgestellt, daß der Dollar und nicht das englische Pfund die Währungseinheit der deutschen Notenbank werden soll. Dieser Vorschlag hat in England natürlich gewaltiges Aufsehen erregt und man wird in den nächsten Tagen manchen heftigen Protest aus London zu lesen bekommen. Das darf uns aber nicht hindern, die Angelegenheit nur mit Rücksicht auf das deutsche Interesse zu beurteilen.

Wer ist geeigneter als Vetter der europäischen Währungen, das Pfund oder der Dollar? Für das deutsche Gefühl wäre es am angemessensten gewesen, der Kräfte fremdbildlicher Währung überhaupt nicht zu bedürfen und wieder mit der alten bewährten Goldmark anzufangen. Aber dann würde uns die ausländische Finanzsawm helfen und wir wären verloren. Wird uns aber die Wahl gestellt zwischen Dollar und Pfund, so ist der Dollar vorzuziehen. Denn das Pfund Sterling hat in der Nachkriegszeit einen 1/3 so hohen Wert angenommen. Die Dollarbank allein kann, wie der genannte amerikanische Bericht treffend bemerkt, die Wiederherstellung der Beschäftigung auf der ganzen Welt beschleunigen. Der Aufsichtsrat der amerikanischen Bundesreservebank macht gewissermaßen den verbündeten Sachverständigen den Vorwurf, daß sie nicht an den Dollar gedacht haben. Das Verstummen ist leicht zu erklären. Bei den Verhandlungen in Paris waren alle Berechnungen auf der Grundlage des Pfunds abgestellt. Auch das Grundkapital der Berliner Volksbank ist so auf 10 Millionen Pfund Sterling in Aktien über je 10 Pfund Sterling festgelegt.

Die Amerikaner verlangen zunächst nur eine Veränderung des Dawes-Berichts. Das wird keine Schwierigkeiten machen. Der Bericht der Gutachter enthält gerade im Punkt der deutschen Goldnotenbank mancherlei Unklarheiten. So z. B. in den Bestimmungen über die Auflösung der bestehenden deutschen Notenbanken, d. h. der bayerischen, badischen, sächsischen und württembergischen Privatnotenbank, die ihr Verbleib im bisherigen Umfang zunächst erhalten sollen. Die Noten der zur Zeit wichtigsten deutschen Notenbank, der Rentenbank, sollen innerhalb von zehn Jahren schrittweise eingezogen werden. Näheres wird aber darüber im Pariser Gutachten nicht gesagt. Nur Einzelbestimmungen über den Umtausch der Dollarnotenverpflichtungen, die ja durch das Reichsbankgold gesichert sind, sind vorzulegen. Jedenfalls ist allen Beteiligten wohl zu tun, wenn hinter den Berechnungen der sichere Dollar steht und nicht das unsicher gemordene Pfund.

Die eingangs genannte amerikanische Finanzbehörde hält es z. B. für einen großen Vorteil, wenn der Bundesreservebank gestattet werden sollte, deutsche Handelswechsel in Dollar als Anlagen aufzukaufen, sofern diese Wechsel nicht in den Händen von der Goldtreuhänderin, der Aufsichtsrat der Bundesreservebank begünstigt seinen Vorstoß und den gesamten Dollarplan damit, daß er dem Goldhändler der Vereinigten Staaten zu einer gewissen Anlage verhilft. Beträgt das Pfund Sterling jetzt annähernd 16 Milliarden Goldmark, ein überhöhter Kessel, der bis zum Platzen gespannt ist und nach Arbeit schreit. Wenn wir Amerikaner, so folgert der Bericht, andere Länder mit unserem Gold unterstützen und vor allem in die Lage versetzen, in Dollar Handel zu treiben, so fördern wir auch unsere eigenen Außenhandelsbeziehungen und erleichtern den Ankauf unserer Exportwaren in der Dollarwährung und befreien auch

fremde Länder und amerikanische Händler von der Vermittlerrolle Englands als Käufer oder Verkäufer, die fortbestehen würde, wenn das Pfund allgemein als Grundlage für Handel und Verkehr dienen würde.

Das hängt allerdings recht selbstständig und wie eine Kampfanlage an England, ist aber auch ein christliches Angebot der derzeit größten Finanzmacht des Erdballs, anderen Ländern behilflich zu sein, besonders solchen Ländern, die versuchen, ihr Haus in Ordnung zu bringen. Zu diesen letzteren Ländern gehört Deutschland, das bei dem vorliegenden Geschäft nur gewinnen kann. Sollte der kommenden neuen deutschen Regierung wird es sein, zu der Frage: Pfund oder Dollar? entschlossen Stellung zu nehmen.

Um das Sachverständigen-Gutachten

Der mecklenburgische Erbkämmerer Hr. v. Branden-Feld, der kürzlich wegen seiner bedeutenden Zustimmung zum Sachverständigen-Gutachten gewählt wurde, hat neuerdings im Schweriner Landtagsauschuss erklärt: „Nach einem verlorenen Krieg muß ein Kollisionsvertrag in Kauf genommen, die an die Grenzen des Erträglichen gehen. In dem Gutachten geht manches über das hinaus, was auf Grund des Friedensvertrags erforderlich werden kann. Wenn wir aber durch den Vertrag die Lohnfreiheit bekommen für eine freie Entwicklung, kann man mit dem nun mit in der Ministerzusammenkunft (in Berlin) geforderten Bedingungen über den Vertrag verhandeln.“

Diese Bedingungen sind Räumung des Ruhrgebietes, Freigabe der Gefangenen, Rückkehr der Vertriebenen und Klärung der Frage der Besetzungskosten. Der letztere Punkt wird zwar in dem Gutachten selbst in der Weise berührt, daß die Bezahlung der Besetzungskosten in die deutschen Jahresleistungen von 25 bis 3 Milliarden Goldmark eingeschlossen sein sollen. Da aber die Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen nicht festgelegt worden ist, so will dies nicht viel bedeuten, denn die Besetzungskosten können dann eben immer immer draufgeschlagen werden und die Dauer der Forderungen würden sich um so und so viel Jahre d. h. auf unbestimmte Zeit verlängern.

Im Zusammenhang mit dieser Frage macht die „Frankfurter Zeitung“ folgende Rechnung aus:

Im Monat Dezember 1923 hat der General Kollat nur für Unterhaltung und Betrieb der Kasernen, die ihm und seiner Militärverwaltungskommission zur Verfügung gestellt werden mußten, der Reichsregierung 131 500 Goldmark berechnet. Da in diesem Monat Dezember überhaupt keine Lebensmittelbeschaffung von ihm und seinen Offizieren angesetzt worden sind, können diese höchsten Kosten lediglich den Privatbewohnern der verbliebenen Herrschafts-Offiziere oder Unteroffiziere und ihrer Familien zuzurechnen sein. In Frankfurt beispielsweise hat sich General Kollat durch seinen Offiziere vertreten läßt, braucht er für diese hohen Herren zehn Kasernen. Die Gesamtkosten der Kommissar Kollat haben im Dezember 1 275 434 Goldmark betragen. Im gleichen Monat hat das Deutsche Reich für sämtliche 3797 Offiziere seines Reichsheeres zusammen nur 688 000 Goldmark gebraucht, das ist also etwa die Hälfte der Ankosten des Herrn Kollat. Freilich erzählt schon ein Reizant dieser dornigen Kommission nach Gehalt als ein deutscher Minister. Das alles ist uns Deutschen zur Last. Wenn die Vorklässe des Sachverständigen-Gutachtens verwirklicht werden, werden natürlich die Entschädigungsrechnungen der verbündeten Mächte um die Kosten dieser überflüssigen Kommission vergrößert, und dann wird man vielleicht eher als heute bereit sein, ihre Forderungen, wie es der Verfallener Vertrag vorsieht, dem Vorkerbund zu überlassen.

Für uns kommt eben alles darauf an, wie das Gutachten der Sachverständigen durchgeführt wird, und eine Reichsregierung, die seit einschließlich ist, innerhalb der Grenzen des Möglichen das denkbar Beste für uns herauszuholen, wird daher ihr ganzes Bemühen darauf richten, die Ausführung des Gutachtens mit den notwendigen Sicherheiten für uns zu umgeben. Mac Donald hat es leicht, die Annahme des Gutachtens für die Hauptlast und die Ausführung für eine Frage zweiter Ordnung zu erklären. Von ihm mag's ehrlich gemeint sein, wenn er verkündet: Hoffe man bei der Durchführung auf Schweregezeiten, so ist immer noch die Herrschaft vorhanden, Einzelheiten zu ergreifen. Und Deutschen aber darf man wohlhoffig nicht werden, wenn wir gerade die Regelung der Einzelheiten nicht auf die leichte Achsel nehmen möchten, und wenn sie uns größere Sorgen macht, als die Zustimmung zum Ganzen.

Wir möchten in dieser Beziehung unsere Erfahrungen doch nicht unbenutzt lassen! Wir begreifen es vollkommen, wenn Mac Donald sich über Einzelheiten vertritt nicht den Kopf zerbrechen möchte. Die Ausführung, wenn sie dem Geist des Gutachtens zuwiderläuft, läßt sich nicht in die Hand nehmen, sondern die Ausführung des deutschen Volkes, England ist reich mit der Forderung, wir müssen zunächst einmal zu allem ja sagen, sehr rasch bei der Hand greifen, wenn die englische Politik dadurch um eine Augenblicke Sorge erleichtert wurde. Uns aber sollte es freuen, wenn die Reichsregierung, welche es auch ist, mit der Befreiung der englischen Politik von Sorgen des Augenblicks weniger eilig hat, als mit der Befreiung des deutschen Volks darüber, daß über den Sorgen des Augenblicks nicht

die Lebensfragen seiner Zukunft vernachlässigt werden. Und es waren doch Parteifreunde Mac Donalds, die das, was der Bericht des Dawes-Ausschusses an zahlenmäßigen Leistungen von uns verlangt, als „politisch-wirtschaftliche Nondulch“ kennzeichneten. Wir brauchen Sicherheit dafür, daß der Grundhaushalt des Reichs, monach diese Leistungen entnommen werden dürfen, ehrlich durchgeführt wird. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann eine deutsche Regierung das Wagnis, ihre Mitarbeit bei der Durchführung zuzusichern, überhaupt auf sich nehmen.

Das Ausland, soweit ihm an einer endlichen Befriedigung Europas gelegen ist, wird doch auf tun, die deutsche Zustimmung nicht so leicht zu nehmen, wie es der englische Premier, nach seiner letzten Rede in der Oberkammer mit Uns dünkt die Lehre sehr der Beachtung aller Staatsmänner wert zu sein, die der „Manchester Guardian“ aus den deutschen Reichstagswahlen tag:

Der neue deutsche Reichstag ist zugleich ein Hoffungszeichen und eine Warnung für das übrige Europa. Man sieht, daß die Dinge noch nicht zu weit gegangen sind, um durch vernünftige Mittel zum Frieden zu kommen. Aber man hebt auch, wie alles auf des Meeres Sande steht. Es darf nicht vergessen werden, wie Deutschland innerlich unter der Gewaltanwendung gelitten hat, fast die Republik erstickt ward. Und wenn Deutschland — nachdem es zum erstenmal nach dem Krieg so erlosch, als ob die Veranlassung unter seinen früheren Feinden die Oberhand gewinnen wollte — finden sollte, daß seine Hoffnung gleichwohl nur eine Täuschung war, dann braucht es einen kühnen Propheten, um mit Schaudern in seine Zukunft zu blicken.

Die Regierungsbildung.

Berücksichtigung der Lage in Berlin

Kein Nationaler Block der Mitte

Berlin, 18. Mai. Die gemeinsame Beratung der Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten im Reichstag am 16. Mai, an der auch Reichstagsler Marx und die Minister Stresemann und Brauns teilnahmen, hat noch kein bestimmtes Ergebnis gehabt. Der „Berl. Volkszeitung“ berichtet, die Regierungsmitglieder haben verlangt, daß ihre bisherigen außenpolitischen Richtlinien auch von der neu zu bildenden Regierung übernommen werden müßten. Wenn die Deutschnationale Volkspartei in die Regierung einbezogen werden sollte, so müßte die Partei erst erklären, welche Haltung sie in dieser Beziehung einnehmen werde. Davon wollen auch die drei Fraktionen ihre Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung abhängig machen. Es soll davon die Rede gewesen sein, daß die drei Mittelparteien ein außenpolitisches Programm auszuarbeiten sollen, das zur Grundlage für die Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei dienen sollte. Die Deutsche Volkspartei habe die Bildung eines Blocks der Mitte für unannehmbar erklärt, der Plan sei darauf fallen gelassen worden.

Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei

Berlin, 18. Mai. Die Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei gibt die Erklärung ab, die halbamtlich, durch „M.D.“ verbreitete Darstellung über die Unterredung der Abgeordneten Hergt, Westarp und Reichert mit dem Reichstagsler, Minister Luther und Staatssekretär Brandt sei falsch und irreführend. Es sei nicht „fortgesetzt verhandelt“ worden, sondern es habe nur eine Besprechung am 8. Mai stattgefunden, in der um Aushandlung darüber gesorcht worden sei, welcher Art die Gesandtschaft der Reichsregierung zu dem Sachverständigen-Gutachten sein bezug, wie weit sie gehen solle. Es sei ferner falsch, daß die drei Abgeordneten über ihre Stellungnahme zu dem Gutachten oder über die Regierungsbildung verhandelt haben, vielmehr habe Abg. Hergt gleich zu Beginn der Besprechung erklärt, die Partei werde über ihr Programm und die Regierungsbildung mit der gegenwärtigen Regierung nicht verhandeln, da diese nur noch eine geschäftsführende Regierung und nicht zuständig sei. Dagegen sei die Partei bereit, den zuständigen Stellen Erklärungen abzugeben, falls sie zur Regierung berufen würde.

In der „Germania“ wird geschrieben, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß die Deutschnationalen zur Regierung berufen werden. Es sei zu hoffen, daß die Regierung Marx (Kant.) weise besichte und daß sie von der Sozialdemokratie unterstützt werde.

Der „Vorwärts“ erwartet, daß die Regierung den Kampf gegen die Rechte entschlossen fortsetze und von Mittelparteien kräftig unterstützt werde.

Der „Tag“ schreibt, die unklare und überflüssige Herausforderung der Deutschnationalen durch die Reichsregierung habe die innerpolitische Lage bedenklich verschärft. Das Vorzeichen werde von der Deutschen Volkspartei entschieden mißbilligt.

Berlin, 19. Mai. Die Führer der bürgerlichen Mittelparteien haben beschlossen, ein außenpolitisches Arbeitsgemeinschaftsprogramm aufzustellen.

Die Lage im Kohlengebiet.

Schiedspruch im Bergarbeiterstreik

Berlin, 18. Mai. Nach dreitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurde am 16. Mai folgendes Schiedspruch gefällt: Der Rohmentarif für das rheinisch-westfälische Kohlengebiet vom 1. August 1922 wird bis 30. Juni 1924 verlängert. Er ist mit zweimonatiger Frist kündbar und läuft drei Monate weiter, falls er nicht gekündigt wird. Die Mehrarbeit beträgt unter Tage und über Tage 1 Stunde für Arbeiter in durchgehendem Tagesbetrieb bis zu 8 Stunden. Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Stundenzahl, aber ohne besonderen Aufschlag vergütet. Maßregelungen der Streikenden sollen unterbleiben; Arbeiter, die sich während des Streiks schwerer Verletzungen schuldig gemacht haben, können von den Betrieben ausgeschlossen werden.

In dem Schiedspruch teilt der „Vorwärts“ mit, daß die Ruhrbergarbeiter bereits am Samstag in einer Rekonferenz zu dem Schiedspruch Stellung nehmen werden. Im übrigen zählt das Blatt die Vorteile auf, die den Bergarbeitern durch den Schiedspruch erwachsen, überläßt ihnen aber die Entscheidung, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs. Die „Rote Fahne“ legt sich natürlich für die Ablehnung des Schiedspruchs ein und fordert die Bergarbeiter auf, den Kampf um die 7 Stundenfrist fortzusetzen.

Folgen des Streiks.

Essen, 19. Mai. Seit Donnerstag wird auf der Kruppischen Fabrik nur noch mit einer verkürzten Arbeitszeit von 6 Stunden täglich gearbeitet. Fabrikbetriebe mit Doppelschicht arbeiten hintereinander zweimal 6 Stunden. Diese Maßnahme wird auf Rohlenknappheit und Rohlmangel zurückgeführt.

Rheinisch-Westfälische, 19. Mai. Nach dem „Oberlohnkurier“ sieht sich die Rheinisch-Westfälische in Folge einer Abzweigung gezwungen, zwei Hochöfen und 2 Kesselanlagen stillzulegen. Einzelne andere Betriebe, die Kupferfabrik und die Spiegel, sollen nur noch an 3 Tagen in der Woche arbeiten.

Oberhausen, 19. Mai. In der Donnerstagsnacht drangen 60-70 Arbeiter gewaltsam in die Zeche Haddob ein, mißhandelten die Wächter und Kohlenarbeiter und versuchten diese von den Zechenanlagen zu verdrängen. Auf die Hilfe rufe der Mißhandelten griff die Polizei ein und verhaftete die Ruchstörer. 15 der Beteiligten wurden festgenommen.

Essen, 18. Mai. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter und der Alte Bergarbeiterverband haben den Berliner Schiedspruch in bezug auf den Manteltarif angenommen, in bezug auf die Mehrarbeit abgelehnt.

Neue Nachrichten.

Reichspostkonferenz

Berlin, 17. Mai. Am Montag und Dienstag findet im Reichspostministerium eine Besprechung sämtlicher Präsidien und Oberpräsidenten der Postdirektionen aus ganz Deutschland statt, um die Erfahrungen der Hauptleitung und der im Außendienst stehenden Behörden auszuwerten. Behandelt werden die Fragen der Aufstellung des Haushaltsplans des Postministeriums, der Verbesserung des Telefonverkehrs, der Einführung der Telefongebühren, der Paketbeförderung usw.

Arbeitsfriede im Berliner Baugewerbe

Berlin, 18. Mai. Bei der Urabstimmung im Baugewerbe hat sich eine Mehrheit für die Annahme des Einigungsprotokolls ergeben. Auch die Arbeitgeberverbände haben den Vorschlag angenommen. Die Arbeit wird auf allen Arbeitsstellen Groß-Berlins am Montag wieder aufgenommen.

Neue Lohnforderungen der Eisenbahnen

Berlin, 18. Mai. Drei Eisenbahnerparlamentarier haben in Entschuldigungen eine neue Prozentsätze Lohnerböhung zum 1. Juni verlangt. Ein Vertreter des Ruhrgebietes forderte die Eisenbahner auf, durch eines entscheidenden Schritts das Unterliegen der kämpfenden Bergarbeiter zu verhindern.

Der Kredit für die Landwirtschaft

Berlin, 18. Mai. Der Reichslandbund hat alle deutschen Körperschaften der Landwirtschaft und des Kreditwesens auf 20. Mai zur Beratung einer großzügigen Regelung des landwirtschaftlichen Kredits nach Berlin eingeladen. Es soll u. a. erreicht werden, daß die schwappenden Kreditverhandlungen mit dem Ausland nach einheitlichen Richtlinien geführt werden.

Revolutionsgetriebe

Berlin, 18. Mai. Die kommunistische „Rote Fahne“ schreibt: Die schon so oft angekündigte Revolution in Deutschland lebt, sie ist näher als das Bürgertum und der größte Teil des Proletariats nach der Oktoberrevolution es erwartet hatte. Sie ist näher, als selbst ein großer Teil der Kommunistischen Partei es erwartet hatte. Es ist den Kommunisten gelungen, in ganz Deutschland einen Kampf der Bergarbeiter auszulösen.

Freiheit französischer Soldaten

Wiesbaden, 18. Mai. Bei dem Dorf Schnitten bei Iffingen im Taunus überschritten zwei französische Soldaten in Uniform auf etwa 1200 Meter die Grenze des besetzten Gebiets, um in einem Weiher mit Dynamit Fische zu fangen. Als ein Fischer sie auf die Ungeheuerlichkeit ihres Treibens aufmerksam machte, ging einer der Soldaten sofort mit dem Revolver auf den Fischer los. Auf die Hilferufe des Fischers eilten zwei Einwohner aus Schnitten und der Sohn des Fischers herbei. Letzterer gab Schrotkugeln auf den Angreifer ab, die ihn schwer verletzten. Der eine Franzose lief davon, der Zweite ging durch den Wald ins besetzte Gebiet zurück. Die französische Behörde in Königstein verlangte vom Bürgermeister von Schnitten Aufklärung, widrigenfalls Schnitten besetzt werde. Der Bürgermeister gab auf Grund der Untersuchung einen genauen Bericht. Die französischen Soldaten behaupteten, sie seien als Streifwache von sechs Deutschen auf besetztem Gebiet aus dem Hinterhalt überfallen worden. Demgegenüber konnte aus dem Bericht von Schnitten in einem Baum der Ort genau festgestellt werden, wo der Vorfall sich abgepielt hatte.

Verbot der Gedächtnisfeier am Grab Schöners

Kassel, 18. Mai. Amlich wird mitgeteilt: Nach den vorliegenden Nachrichten und bestimmungsmächtig Vorbereitungen besteht in bestimmten Kreisen die Absicht, die Schöner-Gedächtnisfeier in Schöna zu einer großen politischen Demonstration auszugestalten. Hierfür kann die Ausnahmebewilligung von dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel nicht gegeben werden. Der geplante Festvortrag und die geplante Gedächtnisrede, wie auch die Versammlung unter freiem Himmel müssen daher unterbleiben. Den Veranstaltern ist eine entsprechende Mitteilung zugegangen.

pfälzer Sonderbündler vor dem Staatsgerichtshof

II.

Stuttgart, den 16. Mai.

Der Angeklagte Hermann Glicher, 24 Jahre alt, Kaufmann aus Metz, aber in Lauterbach in der Pfalz gebürtig, räumte ein, an der Ausrafung der Rheinlandrepublik in Lauterbach beteiligt gewesen zu sein und auch die grün-weiß-rote Fahne auf dem Stadthaus gehißt zu haben. Er bestritt, die von den Sonderbündlern nach einer nächtlichen Schießerei in Odenbach festgenommenen, zum Teil schwer verwundenen 18 Einwohner von Odenbach die von den Sonderbündlern im Gefängnis in Lauterbach in unmenslicher Weise mißhandelt wurden, bewacht zu haben, was indessen durch die Aussagen eines Zeugen in Lauterbach sowie durch die festgelegte Aussage eines Kaufmanns von Ludwigshafen bestätigt wird.

Der Angeklagte Rees, Gärtner aus Offenburg, gibt an, lediglich durch Drohungen des bekannten Sonderbündlerführers Bischof in Ludwigshafen zum Eintritt in die Dienste der autonomen Regierung der Pfalz veranlaßt worden zu sein. Bei dieser Regierung habe er Schreibdienste getan und dafür 15 Franken täglich erhalten.

Durch sein bereitetes Auftreten beweist der Angeklagte Max Wagner aus Ludwigshafen, daß er schon Alters auf der Anlegebank gesessen hat. Zu Beginn des Kriegs war er als Kriegsfreiwilliger eingetreten und habe sich das Eisenerz Kreuz 2. Klasse verdient. Zuletzt war er erwerbslos in Ludwigshafen zu den Sonderbündlern gegangen. Es wurde ihm u. a. zur Last gelegt, im Dienst derselben ein „requisit“, vor allem aber sich an einer „Strafexpedition“ gegen die Einwohnerstadt von Altrip beteiligt zu haben, die zur Selbsthilfe gegriffen und die Sonderbündlerherrschaft niedergebott hatten. Die von Ludwigshafen herbeigeleiteten Sonderbündler trieben zahlreiche Bürger zusammen und mißhandelten sie aufs schwerste. Wagner soll dabei beteiligt gewesen sein. Er bestritt alles trotz der Zeugenaussagen.

Hierauf wird im Interesse der Staatsicherheit und um die zu vernehmenden Zeugen vor der Rache der Franzosen und Sonderbündler zu schützen, die Dessenlichkeit ausgeschlossen.

Der Angeklagte Emil Walz sagte aus, ein Sonderbündlerführer habe in einer Fabrik in Ludwigshafen mehrere Arbeiter, darunter auch ihn, zum Werktag für eine Fabrik angeworben. Sie seien dann im Auto nach Speyer gebracht, von Sonderbündlern bewaffnet worden. Am anderen Tag zogen sie vor das Regierungsgebäude, wo die grün-weiß-rote Fahne gehißt und er Posten stehen mußte. In dem Gebäude gab es viel Wein und reichliches Essen. Als eine Menschenmenge sich ankomme, habe er den Auftrag erhalten, sie zurückzutreiben. Das habe er „höflich“ getan. Später sei er entlassen und in seine alte Fabrik in Ludwigshafen zurückgeführt. Dort habe er sich den Sonderbündlern wieder anschließen müssen. Er sei auf einem Lastauto zum Finanzamt Ludwigshafen gefahren worden, das indessen „bereits verwaist“ gewesen sei. Hier habe ihm einer zwei Scheidbücher gegeben und er habe aus Langeweile, nicht um sie zu verwenden, einige Scheids ausgefüllt. In Minderungen habe er sich nicht beteiligt. Er sei dann wieder entlassen und in Mannheim verhaftet worden.

Der Angeklagte Steinbrecher, wegen Teufelschuld aus der Kallfabrik entlassen, sagte aus, er sei im Juni 1923 bei der französischen Eisenbahnverwaltung in Ludwigshafen eingetreten. Er habe täglich 12 Stunden gearbeitet. Durch Vermittlung eines Polen sei er dann mit den Sonderbündlern zusammengelassen und habe sich eine Mißdeederte geben lassen.

Bei Verlesung protokollierter Zeugenaussagen wird hierauf die Dessenlichkeit ausgeschlossen, die Presse jedoch unter Schweigepflicht zugelassen. Auch bei der Vernehmung des Sachverständigen Bezirksamtmann Haushmann, Referent über die Sonderbündlerbewegung in der Pfalz beim Staatsministerium des Reichs in München, blieb die Dessenlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen. Damit war die Beweisaufnahme beendet.

Oberrechtsanwalt Better wies in seiner Anklagerede darauf hin, daß nach Feststellungen des hochverräterischen Unternehmens des Sozialdemokraten Hoffmann General de Rich sich auf die neuen Loslösungsbestrebungen stütze die vom Rheinland her auf die Pfalz übergriffen. Es sei erwiesen, daß die Franzosen Batten an die Sonderbündler vertrieben und ihren Einzug in pfälzische Städte ermöglichten, nachdem sie vorher die deutsche Polizei entwaffnet hatten. Der Oberrechtsanwalt sprach sich gegen die Gemährung mildernden Umstände aus, und betonte auch die erblose Bestimmung der Angeklagten, die dem Erstfeld in die Hände arbeiteten. Man müsse dem Pfälzer Volk gerecht werden. Seine Gesamtheit schau auf Stuttgart und sei gespannt, wie sich das Gericht in seinen Strafen zu der Bewegung stellen werde. Die Pfalz habe eine Selbstenszeit durchgemacht, wie noch kein Volk und sei trotzdem hebenemüht durch diese Zeit hindurchgegangen. Weder Judentum, noch Weisheit habe ihm Einstand gemacht. Der Oberrechtsanwalt beantragte Johann gegen Glicher und Glicher je 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, 500 Mark Geldstrafe, gegen Walz 8 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, 500 Mark Geldstrafe, gegen Wagner und Glicher je 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, 500 Mark Geldstrafe, gegen Walz 6 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, 300 Mark Geldstrafe, gegen Steinbrecher und Hef je 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, 300 Mark Geldstrafe. Die Beteiligten sprachen sich für Bewährung mildernd.

Umstände aus, baten um Anrechnung der Untersuchungszeit. Man habe nur die Kleinsten unter den Kleinen ergriffen. Die Angeklagten seien nicht verloren, sondern nur eingeleit.

Pfälzer Sonderbündler vor dem Staatsgerichtshof

Stuttgart, 18. Mai.

Nach einstündiger Beratung des Gerichtshofs verkündigte der Vorsitzende das Urteil und führte dabei aus: Als erwiesen wurde angelehen, daß sämtliche Angeklagten mehr oder weniger Beihilfe zum Hochverrat leisteten, teils als Postisten oder Spione, als Werber und Angehörige der militärischen Organisationen; sie waren unmittelbar an den Vorgängen beteiligt. Erwiesen ist, daß sich die Angeklagten von den Franzosen Vorstüb leisten ließen. Die Frage nach mildernden Umständen wurde sorgfältig erwogen. Den Angeklagten wurde zugute gehalten, daß sie Opfer der Verführung wurden, noch jung sind und zum Teil durch die Not zu ihrer verbrecherischen Handlung getrieben wurden. Dies konnte aber gleichwohl nicht zur Zuhilfenahme mildernder Umstände führen, weil sich einige darin, daß Deutsche die es fertig bringen, mit Hilfe der Erbfeinde Hochverrat zu unternehmen, der allgemeinen Verachtung preisgegeben sind. Der Staatsgerichtshof hätte seine Aufgabe nicht erfüllt, wenn er der Auffassung beigetreten wäre, daß die Angeklagten in ehrlischer Absicht gehandelt hätten. Das Urteil lautet: Es werden verurteilt: Glicher zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Glicher zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Walz zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Glicher zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Wagner zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Steinbrecher zu 1 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Außerdem wird jeder Angeklagte zu 500 Mark Geldstrafe, die als durch die Unteruchungshaft verbüßt betrachtet werden, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Staatsgerichtshof beurteilte ferner in einem anderen Verfahren den 20 Jahre alten Pfälzer Karl Braggemann aus Frankenthal wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und 500 Mark Geldstrafe, ferner den 25 Jahre alten Eisenbahnbediensteten und Kommunisten Otto Weinbrecht aus Durlach wegen Vorbereitung hochverräterischer Unternehmungen (Beihilfe unfruchtlicher kommunistischer Kundfahrten der kommunistischen Bezirksleitung in Mannheim) zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

Die Lage in Frankreich.

Das Programm des Linksblocks.

Paris, 17. Mai. Von einem Redakteur der „Sonnens“ über das Programm befragt, das die neue Kammer durchzuführen habe, erklärte die Abgg. Herriot, Poincaré und Jean Blum: Das Programm der neuen Mehrheit ist ein Programm der Ausbesserung und der internationalen Verständigung, das aber die gerechten Forderungen Frankreichs nicht außer Acht lassen darf. Es ist aber auch ein Finanzprogramm, das zum Ziele hat, das Budget auszugleichen nach den Grundblätzen, die wir in der Opposition verteidigt haben, also ein Programm des Kampfes gegen die Lebensmittelerhöhung und infolge dessen auch des Kampfes gegen das Sinken des Franken.

Die Absicht Herriots

Paris, 18. Mai. Der Abgeordnete Rouhi, ein Freund Herriots, teilte mit, Herriot habe ihm erklärt, er werde die Regierungsbildung nur in Gemeinschaft mit den Sozialisten übernehmen, oder darauf verzichten.

Die schwierigsten Fragen in Frankreich

Paris, 18. Mai. Bei der Einweihung einer von der Stadt Reuport gegründeten Ausgebildetenanstalt in Lyons sagte der Führer des in den Wahlen siegreich gebliebenen Linksblocks, der radikale Abgeordnete Herriot (Bürgermeister von Lyon), die äußere Lage werde Frankreich weniger Schwierigkeiten machen, als die Finanzlage. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Steuerfrage die schwierigste sein werde.

Italienisch-österreichischer Freundschaftsvertrag

Rom, 18. Mai. Nach amtlicher Mitteilung sind in den Unterhandlungen Mussolinis mit Beneß die Bedingungen für einen Vertrag freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Italien und der Tschechoslowakei vereinbart worden, um die Erhaltung des Friedens zu sichern und für die Befriedigung der Lage und der wirtschaftlichen Neuordnung Europas zu wirken.

Reffinski geladelt

Moskau, 18. Mai. Die Zeitung der kommunistischen Partei Russlands ertheilt dem russischen Bolschewisten Reffinski in Berlin einen Verweis, weil er in der Angelegenheit der „Handelsvertretung“ mit der bürgerlichen deutschen Regierung viel zu glimpflich umgegangen sei. Es müsse ein radikalere Mann als Vertreter der Sowjetregierung nach Berlin gesandt werden. — Das kommt von der Berliner Nachgiebigkeit.

Karaben in Indien

London, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Kalkutta sind bei dem Kampf mit den Aufständischen in der Nähe von Kolarum 11 englische Polizisten getötet und 3 verletzt worden. Die Aufständischen sollen bedeutende Verluste erlitten haben.

Kidnap gegen den chinesischen Außenminister

London, 18. Mai. Aus Peking wird gemeldet: Ein in bekannter Übergang dem Minister Wellington Koo (früher Gesandter in London) ein Paket, das angeblich bestellte Küber enthielt. Da Koo nichts bestellt hatte, übergab es das Paket einem Diener. Beim Öffnen platzte eine verborgene Bombe. Drei Diener wurden schwer verletzt.

Stollger
ide Schrift
Einnie, 18
dem Verbo
Kommun
Schiffen
darunter di
Ehne d
Zuaterrefe
den Ziel, d
zu haben. B
gefühlen. B
Euglen S
Schneider
Monate d
wurden 0 d
Die Dre
Eheef w
mann in
den Reich
Innen der
gestalt.
Steigend
Frankie
Durchschnitt
auf 119,00
über den N
der Bekleid
= 29 s. 5.
durchschnitt
Ein Oel
ten zum S
nach 7 Uhr
wollt mit
beim Rehm
hinteren Ze
Die beiden
wurde der
port ins R
Kuch einem
Der Infolge
getrogen.
Von Ta
seiner Wohl
Teghner
oder am O
ben. — In
radfahrer
ortige Unfr
Kraftwagen
Stadtplanz
rang und
Millimeter
Baublog ein
Gefahren
des Zollbr
die Zollam
gesamte
Zollbeamte
rettete das
Ingefi
Die der S
wers Karl
weil der R
Auf das S
rende Hoch
Hilfe beach
Rand des
Hilffreigen
Gerätele
unterhalb
müßten
nen Naaben
Schwen
Bemühung
lehter Zeit
12 Jhr. B
eingetrofen
auch von J
Lunings
nera auf
mit einer S
In der Sch
Springen. E
nem aufgef
Strohbe
17 jährigen
Nacht, als
men aufgef
woburd er
Denma
ger Welt, b
und 2 Sch
Das Rob
gnüber der
Widh
Folz, wils
dienlicher
Wimfienh
einer eing
der haall,
gangstuan
Kaufschall
Abend wie
Wad
Begnäftigt
von 27 au



Württemberg

Stuttgart, 18. Mai. Verhaftung. Der verantwortliche Schriftleiter der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“, Gammle, ist auf Veranlassung des Oberreichsanwalts unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden.

Kommunistenprozess. Am 16. und 17. Mai fand vor dem Schöffengericht Stuttgart ein Prozess gegen 12 Kommunisten, darunter die Abg. des württ. Landtags Steiner und Schenk statt. Sie sind beschuldigt, am 8. Dez. 1923 im Theaterrestaurant hier eine verbotene Zusammenkunft mit dem Ziel, die illegale kommunistische Organisation untertützig zu haben. Bei der Verhaftung wurde reichliches Material vorgefunden. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Steiner, Schenk, Rau, Müller-Schön, Heymann, Groß, Schneider, Kandler, Kraus und Sader je ein Jahr und 3 Monate Gefängnis. Für die Angeklagten Kamus und Delmer wurden 6 bzw. 4 Monate Gefängnis beantragt.

Die Deutsch-demokratische Landtagsfraktion hat den Abg. Schenk wieder zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Brudmann zu dessen Stellvertreter gewählt. Schriftführer wurden Mathilde Pfand und Dr. Elias. Ueber die Richtlinien der einzuhaltenden Politik wurde Einmütigkeit festgestellt.

Steigende Teuerung. Die Kosten für eine fünfköpfige Familie ohne Bekleidung sind in Stuttgart 112,23 M im Durchschnitt des Monats April in der Zeit vom 7.—14. Mai auf 119,90 M gestiegen = 13 v. H. Die Steigerung gegenüber dem Friedensstand beträgt 20,3 v. H. Bei Einrechnung der Bekleidung sind die Kosten von 140,65 M auf 154,47 M = 2,9 v. H. gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Friedensstand beläuft sich auf 34,2 v. H.

Ein Opfer des Solttake-Krauts. Bei den Probefahrten zum Solttake-Rennen überfuhr sich heute früh kurz nach 7 Uhr bei einer Karree an der sog. Saubühlung ein Automobil mit zwei Insassen aus Hamburg. Der Wagen kam beim Nehmen der Karree ins Schleudern, geriet mit seinem hinteren Teil über den Straßengraben und überschlug sich. Die beiden Insassen kamen unter der Karree zu liegen. Dabei wurde der Führer so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Der Beifahrer blieb unverletzt. Auch einem Motorrad mit Beiwagen stieß ein Unfall zu. Der Insasse des Beiwagens wurde bewußtlos vom Wege getragen.

Vom Tage. Beim Schlachten zweier Rindchen in der Küche seiner Wohnung in Unterföhrlein glitt einem 41 Jahre alten Tagelöhner das Messer aus und durchschnitt die Hauptschlagader am Oberschenkel. Der Mann ist an Verblutung gestorben. — In Cannstatt stießen ein Radfahrer und ein Motorradfahrer zusammen. Beide wurden schwer verletzt. Derartige Unfälle sind nachgerade an der Tagesordnung. Die Kraftwagen, Motorräder und Fahrräder laufen an, ein Stabplage in Stuttgart zu werden, namentlich seit die Regelung unbegreiflicherweise eine Fahrgeschwindigkeit von 20 Kilometern gestattet hat. Allgemein wird gewünscht, daß der Senat ein Wort dazu spreche.

Aus dem Lande

Hellbronn, 17. Mai. Lebensretter. Ein am Rand des Jellhofsens spielendes 3 Jahre altes Kind fiel plötzlich die Böschung hinab und ins Wasser hinein. Der durch die angestammte Menschenmenge herbeigelackte, 24 Jahre alte Jellhofsener Rudolf Schiffer sprang sofort ins Wasser und rettete das Kind.

Jugendlingen M. Künzler, 17. Mai. Ertrunken. Die der Schule bereits entwachsenen Söhne des Weinbauers Karl Seibold jung, badeten im Ueberlandkanal unweit der Kocherbrücke. Einer der Brüder fiel plötzlich unter. Auf des Schreien der Kameraden eilte der gerade heimkehrende Kocherwälder Friedrich Hermann dem Ertrinkenden zu Hilfe, brachte ihn auch mit Unterstützung aller Kräfte bis an den Rand des kalten Kanals, rutschte aber auf dem schwerig schlammigen Uferboden aus und fiel selbst mit dem bereits Erschrockenen in das helle Gewässer gerät. Er konnte erst später unterhalb der Unfallstelle von Bahninspektor Breßling in bewußtlosen Zustand gerettet werden. Die Leiche des ertrunkenen Knaben hat man noch nicht geborgen.

Schwenningen, 17. Mai. Schweizer Hilfe. Auf Vermittlung von Oberbürgermeister Dr. Braunvogel, der sich in letzter Zeit persönlich nach Bern begeben hat, sind kürzlich 12 Fr. Lebensmittel für hiesige hilfsbedürftige Einwohner eingetroffen. Eine weitere nicht unbedeutende Sendung ist auch von Zürich aus zugesagt.

Luningen M. Lustigen, 17. Mai. Von den Hörnern aufgeschrien. Gustav Andreas Boffeler begab sich mit einer Kuh in die Schmelde, um sie beschlagen zu lassen. In der Schmelde drehte sich plötzlich die Kuh und wollte entspringen. Boffeler wurde dabei von der Kuh mit den Hörnern aufgeschlagen und über zugerichtet.

Strohberg (Hohen), 18. Mai. Verunglückt. Dem 17jährigen Hilfsarbeiter Franz Deutel wurde im Sägewerk Unrecht, als er mit einem Latzenstück den Transmissionsriemen auflegen wollte, das Latzenstück in die Brust gestoßen, wodurch er eine tödliche Verletzung erlitt.

Dennach, 18. Mai. Hier brach eine Kalbe ein Kalb zur Welt, das 8 Füsse, vier auf dem Rücken, vier vorne, 1 Kopf und 2 Schwänze hatte. Die Kalbe mußte geschlachtet werden. Das Kalb ist tot. Die Abnormität ist in einem Hause gegenüber dem Waffhaus zum Vorschein zu sehen.

Wittbach, 17. Mai. Besuch. Vorgestern war Herr v. d. Müll, Minister des Innern und der Finanzen, in dienstlicher Reise hier. Die Herren Direktor v. Groß und Ministerialrat Kuhn aus Stuttgart begleiteten ihn. Nach einer eingehenden Besichtigung der Gebäude und Anlagen der städt. Badeverwaltung stellten die Herren der Besichtigungskommision einen Besuch ab, fahren zu ganz kurzem Aufenthalt auf den Sommerberg und reisten am gleichen Abend wieder zurück nach Stuttgart.

Wüchberg O. D. Herrenberg, 19. Mai. Sängerkreis. Begünstigt von herrlichem Sonnenschein, unter Beteiligung von 27 auswärtigen Gesangsvereinen konnte der Vlederkreis

Wüchberg gestern seine Fahnenweihe abhalten. Es war eine Pracht, vom hochgelegenen Wüchberg hinauszusehen in das Tal, wo alles blühte und grünte, eine Freude, hineinzu schauen in den Zusammenhalt all der Gesangsvereine, die nur das deutsche Lied nach Wüchberg an den Rand des Schönbuchs geführt hatte. Dies kam auch in den Krispaßen des Vereinstorstandes, des Schulbeirats und insbesondere des Gauvorstandes, Herrn Hauptlehrer Wilmann zum Ausdruck. Die Liedvorträge der einzelnen Vereine waren manchmal etwas von der Sonnendürre beeinflusst, im Durchschnitt wurde aber gut gelungen. Wüchberg hatte gute Vorbereitungen zur Aufnahme der vielen Besucher getroffen und wird dieser Tag noch lange im Gedächtnis der Wüchberger bleiben.

Aus Stadt und Land.

Magold, den 19. Mai 1924.

Vom Sonntag. Auch den größten Langschläfer hat das gestrige wunderbare Maler- und Sonntagswetter aus den Federn getrieben. Schon früh am Morgen marschierten viele Ausflügler von hier aus hinein in den Schwarzwald, alle mit leuchtenden Augen, hinein in die Farben- und Blütenpracht von Flieder und Goldregen, Reiborn und Schneeball. Dabei sind die eigensinnigen Kammern des Winters, nicht mehr schweigende Wälder, Wald und Feld, überall herrscht Singen, Ringen und Jubeln. — Von den (ausländischen) Klängen der Stadtpfunde begleitet, rühte gestern die Feuertrommel aus und machte eine Leistung, die von der Zuverlässigkeit der Führer Mannschaften in des Materials Zeugnis ablegte; von 11—12 Uhr spielte die Stadtpfunde im Stadtpark und machte dadurch vielen große Freude. — Es war gut, wenn man sich gestern in den Wald, auf Fahrens zurück, denn auf dem Straßen war es manchmal kaum zum Ausgehen, wenn man den Staub der Autos, die vom oder zum Solttakerennen nach Stuttgart kamen oder gingen, schlucken mußte. Warum wird denn hier keine Erkundung gemacht, daß dieser Staub, den die Autos aufwirbeln, sich mehr auf das Auto selbst konzentriert statt auf die anderen, die in zweifacher Einsicht die Leidtragenden sind. Erst kein Auto haben, dann auch noch Staub schlucken!!!

Ausflug des Hombop. Vereins. Eine stattliche Anzahl von Freunden der Hombopmusik sammelte sich gestern zu einem Gang in die herrliche Natur, um manchen befruchtenden Pfingsttag lernen zu lernen. Dabei hielt Herr Stadtpfunde Rupp einen trefflichen, zugleich poetischen Vortrag über eine Anzahl von Pflanzen. Dankbar wurden die Bezeichnungen von den im Waldgängen sich Lagernden entgegengenommen. Wägen diesem Ausflug bald noch andere folgen!

Generalversammlung der Gewerbedank.

Die Gewerbedank Magold e. V. m. b. H. hatte ihre Mitglieder am Samstag mittig 1/5 Uhr zur ordentlichen Generalversammlung eingeladen, zu der sich trotz der kühlen Witterungsverhältnisse zahlreiche Mitglieder von hier und auswärts einfanden. Herr Paul Schmidt leitete die Versammlung. Der Geschäftsbericht über das 59. Geschäftsjahr wurde von Herrn Dolmetsch vorgelesen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Aktiva 57787,80 M betragen; davon werden 20000 M zur ordentlichen Rücklage überwiesen, weitere rund 10000 M werden zu einer außerordentlichen Rücklage, die zu einer künftigen Aufwertung verwendet werden soll, einbehalten. Die Gewerbedank sei aus der Inflationszeit nicht mit Gewinn hervorgegangen, sie habe sich immer bemüht, durch Bewährung von Krediten der Notlage ihrer Mitglieder abzuhelfen. Was eine Aufwertung der Sparanlagen betreffe, so sei in der nächsten Zeit nicht daran zu denken, da die Mittel der Bank erschöpft seien und zu einer nur 10 prozentigen Aufwertung rund 280000 M nötig seien. Durch die außerordentliche Rücklage von 10000 M wolle das Institut in absehbarer Zeit einen Fonds anlegen, aus dem dann später die Mittel zu einer Aufwertung genommen werden sollen. Nachdem der Prüfungsbericht durch H. Schödlitz vorgelesen und alles in Ordnung gefunden war, ergriff Herr Vorstandsvorsitzender Schödlitz das Wort zu einem Vortrag über „Währungsreform“. Der Redner sprach einleitend über unsere Währung vor dem Krieg, die langsam im Laufe der Jahre gesunken, durch die Geldbedeckung zu einer richtigen Goldwährung ausgebaut wurde. Durch die Notlage des Krieges, durch das Ingentieren auf den eigenen inländischen Goldbestand, durch das Gesetz der finanziellen Rohstoffmangel, wie es sich auswirkte in der Aufhebung der Goldbedeckungspflicht durch die Reichsbank, weiter in dem Einzug allen inländischen Goldes, in der Ausgabe eigener Geldnoten durch die Darleinstellen, mußte der Währungsreform kommen. Dadurch mußte auch unsere aktive Handelsbilanz zu einer passiven werden und die Wege zur Herstellung der aktiven Handelsbilanz sind harte und für manche Erwerbszweige, auch insbesondere in sozialer Hinsicht unerträglich. Auch die Banken haben unter diesem Währungsreform gelitten und manche gutgemeinte Vor schläge, welche die Banken vor der Verarmung hätten retten können, mußten, um das Vertrauen der Kunden nicht zu verlieren und Treu und Glauben nicht zu verletzen, unterbleiben. Zum Problem der Aufwertung übergehend führte der Redner an, daß angesichts der finanziellen Erschöpfung der Banken von einer großzügigen Aufwertung nicht die Rede sein könne, es bleibt nur der Appell an das moralische Gewissen derjenigen, die durch Kreditbegleichung in der Inflationszeit sich ihre Substanz erhalten und noch vermehrt haben, ihrer sozialen und menschlichen Pflicht eingedenk zu sein. Begrüßenswerter und dankbar anzuerkennen ist, daß sich hier in Magold schon Männer gefunden haben, die freiwillige Beiträge zur Aufwertung schicketen. Der Redner sprach noch über die Kreditnot, die sich bei allen Kreditvermittlungsstellen bemerkbar mache, und die von dem Reinen Umlauf von 2400 Millionen, gegenüber früher 5 Milliarden herrsche. Eine Vermehrung des Notenumlaufes sei gleichbedeutend mit einer 2. Inflation, und dem größeren Uebel der Inflation sei doch das kleinere der Kreditnot vorzuziehen. Reicher Vorschlag betraute die trefflichen Ausführungen des Redners. Nachdem dem Vorstand Entlastung erteilt worden war, wurde beschlossen, den Geschäftsanteil auf 300 M, in monatlichen Raten von 5 M zahlbar, und die Zahlsumme auf 1000 M festzusetzen. Der Geschäftskredit beträgt 10000 M, der Geschäftsbetrag der fremden Gelder 100000 M. Mit großer Mehrheit wurden die aufstehenden Aufsichtsratsmitglieder Herr Wilhelm Herr, Johs. Schödlitz, Ghr. Schwarz

wiedergewählt und Herr Schmid konnte nun mit Worten des Dankes gegenüber Herrn Schumacher und den Mitgliedern die Verammlung schließen.

Reichsgericht für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für 14. Mai das 1.166 Millionenfache der Vorkriegszeit; gegen die Vorkriegszeit 2,9 Prozent.

Aufruf des Papiergeldes der Reichsbank. Der Reichsfinanzminister rief das auf Papiermarkt lautende Notgeld der Deutschen Reichsbank und die von den Reichsbahndirektionen ausgegebenen, auf Papiermarkt lautenden Gutscheine mit Wirkung vom 16. Mai auf. Die Einlösungfrist läuft bis einschließlich 16. Juni. Die Einlösung kann bei sämtl. in Kassen der Deutschen Reichsbank, Fabrikanten, G. p. d., Güter-, Stations- und Hauptkassen erfolgen. Das bis zum Ablauf der Einlösungfrist nicht eingelöste Notgeld wird noch bis zum 16. Juli von der Hauptkasse der Reichsbahndirektion Berlin, Schöneberger Ufer, eingelöst. Das auf Dollar lautende wertbeständige Notgeld der Deutschen Reichsbank behält auch weiterhin Gültigkeit und bleibt von dem Aufruf ausgenommen.

Eine neue 2-Mark-Briefmarke. Die Reichsdruckerei wird in den nächsten Tagen mit der Ausgabe einer Briefmarke zu 2 Markmarkt beginnen. Die Marke zeigt 2 1/2 n. n. n. mit dem Dom in der Mitte und seinen zahlreichen anderen Türmen. In den Wälden rechts oben liest man den Namen der Stadt. Das Bild ist auf einem neoplatonisch gezeichneten Untergrund gedruckt. Darüber steht in dem unteren linken und rechts die Wertzahl 2, in der Mitte die Buchstaben zwei Mark, unten Deutsches Reich in schraffierter Buchstaben. Das ganze Bild ist von einem 1 Millimeter breiten guilochierten Rand umgeben. Die Marke ist hergestellt in Kupferdruck in blauer Farbe auf weißem Tafelwasserzeichenpapier in Bogen zu 50 Stück.

Zusammenkunft der Nachrichtentruppen. Die Angehörigen der badischen und württembergischen Nachrichtentruppen versammelten am 24. und 25. Mai eine Zusammenkunft in Karlsruhe. Anmeldungen und Anfragen wegen Unterkunft u. s. w. sind an Herrn Maß, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 29, oder an Herrn Linder, Stuttgart, Senefelderstraße 86, zu richten.

Nordlandreise. Die Deutsche Nordische Gesellschaft veranfaßt vom 5.—21. August d. J. eine Reise nach Schweden und Norwegen, die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Interessen dient. Durch die Beteiligung des Staatsrats des Professor Havemann-Berlin, ferner durch die Beihiligung von Berlin der Holz-, Eisen- und Metallindustrie sowie durch eine unmittelbare persönliche Führungnahme der Reiseteilnehmer mit schwedischen Kreisen und prominenten Persönlichkeiten des Handels, der Industrie, der Kunst u. s. w. (u. a. Besuch bei Selma Lagerlöf) wird den verschiedensten Zwecken der Reise gedient, die in die schönsten Teile des Landes wie Dalarna und Götta Berlins Land führt. Die Reise wird mit allen Bequemlichkeiten durchgeführt und erfordert keinerlei körperliche Anstrengung. Die Teilnehmer an dieser Reise sind von der Ausreisegeld vom 500 Mark befreit. Alles Nähere durch die Deutsch-Nordische Gesellschaft, Breitswald Altonaer 2. Anmeldungen bis 1. Juni erbeten.

Allerlei

Türstürmer Unwetter. Am Freitag nachmittag richtete ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigen Regen und Hagel in Bodelshausen bei Tübingen, Kaspendingen bei Hechingen, Wüdingen und Wellingen bei Donaueschingen schwere Schäden an. In Kaspendingen blieb vor dem fürchterlichen Hochwasser fast kein Haus verschont; Riegelwände wurden eingedrückt, die Brücke beim „Kohle“ fortgerissen. 30 Stück Groß- und Kleinvieh, Hausrat u. s. w. wurden fortgeschwemmt. In Wüdingen sind 10 Häuser schwer beschädigt. Der Hagel lag stellenweise 40 Zentimeter hoch. Die Obstbaumblüte ist vernichtet, die Kulturen größtenteils zerstört. Ganze Acker wurden fortgeschwemmt. In den hängen entstanden Erdbeulen. Das Wasser stand in Bodelshausen auf den Straßen 1—1 1/2 Meter hoch.

Erdbeben. Bei dem Erdbeben in den Karnischen Alpen (Oberitalien) am Mittwoch 1. in Ampezzo die Kirche eingestürzt.

Fabrikbrand. In Werthe bei Herford (Westf.) ist die Webfabrik von W. Hermsmeier ganz abgebrannt.

Eine menschliche Bestie, die Arbeiterfrau J. in Dresden, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet. Sie hat nicht nur in mehreren hundert Fällen verbotene Eingriffe gemacht sondern eine ganze Anzahl unerwünschter Kinder in ihrer Wohnung, die ein Sanatorium bildete, nach der Geburt mit Wolldecken erstickt, mit Erdöl übergoßen und im Ofen verbrannt. Mehrere Mütter sind gestorben. Der Ehemann wurde wegen Beihilfe gleichfalls verhaftet.

Abgefuhr. Bei Le Bourget ist der französische Fliegerleutnant Robert Léditch abgefuhr.

Schiffsjungenmord. Bei dichtem Nebel stießen im Vernekanal der deutsche Dampfer „Strius“ und der norwegische Dampfer „Sora“ zusammen. Beide erreichten mit erheblichen Beschädigungen den englischen Hafen Southampton.

Schweres Eisenbahnunglück. Der Orientexpress Konstantinopel—Paris ist in der Nacht auf Samstag 1.45 Uhr im Bahnhof Treviso—Rattogna (Oberitalien) infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug aufgefahren. Die Lokomotive des Expresszugs wurde auf die hintere Schlepplokomotive des Güterzugs hinaufgeschoben, während alle Schnellzugswagen bis auf zwei entgleisten. Die beiden Gepäckwagen des Expresszugs und zwei Wagen des Güterzugs wurden vollständig zertrümmert und 1 Personenwagen schwer beschädigt. 1 Karabinier, 1 Brigadier und 1 französischer Gendarmenangehöriger sind tot, der Zugführer, 1 Karabinier, 1 Wochknecht, sowie mehrere Reisende erlitten schwere Verletzungen. Der verantwortliche Bahnhofsvorstand nahm sich sofort des Beben. Der Sachschaden beträgt 1 Million Lire.

Einfach unvorstellbar! Soeben ist ein Wertchen erschienen, das sich „Die Notenspreche“ nennt und von E. C. Bond kommt. Hier sind die Erfahrungen einer leitenden Persönlichkeit im Banknotendruck der Inflationzeit mit einem ganz köstlichen Humor geschildert, der, wie jeder wahre Fachmann, einen ersten Anterton hat. Und da lesen wir, daß bei einer Druckerei, allein an Zehnwilsonscheinen, Noten im Werte von 31 812 000 000 000 000 000 Papiermark und im ganzen 52 579 890 671 818 052 000 Papiermark in brauchbaren Scheinen die Druckpresse verlassen haben. Also zweihundertfünfzig Trillionen fünfhundertundneunundsechzig Billionen achtundneunzig Billionen sechshundertsechzig Billionen zweihundertfünfzigtausend Papiermark. Man stelle sich diese Zahl einmal vor! Eine Hilfe sei gegeben, die der Verfasser selbst anführt. Er stelle eines Tages von Leipzig nach Berlin. Die Fahrt kostete 7 Billionen. Die Entfernung beträgt 167 Kilometer. Was mag also der Reiter, wenn man mag der Millimeter kosten? Da ist das Ergebnis: rund 42 000 Mark. Immerhin noch vorstellbar. Aber nicht mehr vorstellbar ist folgende Tatsache. Ein zu gegebener Zeit von der Druckerei frisch an die Reichsbank abgefertigtes Paket von tausend 50-Milionscheinen hatte einen Nennwert von 50 Milliarden Papiermark gleich 5 Goldpfennigen. Es wog 1,5 Kilogramm. Der Altpapierhändler zahlte damals 6 Goldpfennige für 1 kg. Das macht für die tausend Scheine 6 Goldpfennige, also 4 Goldpfennige mehr als der Nennwert der Scheine betrug. Da ist doch die überhöhte Frage erlaubt, warum die Reichsbank ihre Kassee nicht durch Verkauf des unbedruckten Papiers beim Altpapierhändler auffüllte?

Die Dollarmaschine. Im Jahr 1922 tauchte in Berlin ein Mann auf, der sich als amerikanischer Frauennarr ausgab und sich bald Dr. Stern, bald Dr. Vandou nannte. Als Dr. Vandou, Sohn des Geheimrats Vandou vom Kurfürstendamm, richtete er auch am Kaiserdamm ein großes Sanatorium ein. In Wirklichkeit handelte es sich um den Teufelskammermann Julius Spanier, der bereits vielfach wegen Betruges verurteilt war. Er war früher mit Frau Helene Spanier verheiratet gewesen, die sich besonders durch die Finanzierung des Raubmordes auf den Teppichhändler Reiber einen berühmten Namen verschaffte. Julius Spanier begann nach Verhängung einer 15-jährigen Gefängnisstrafe einen neuen Schwindel mit der sogenannten Dollarmaschine. Einem Nichtkommissionär Stern und einem Schlichtermeister Starke erzählte er, daß zwei Freunde von ihm, zwei russische Chemiker, nach zehnjährigem Bemühen das Dreifarbenproblem gelöst hätten, durch das es möglich

sei, auf chemischem Wege aus einer ausländischen Banknote zwei zu machen. Starke wurde dadurch veranlaßt, seinen Besitz an ausländischem Geld zur Verfügung zu stellen. Der angebliche Dr. Vandou führte die beiden Reichsgläubigen in eine Pension, wo er ein Zimmer auf einen Tag gemietet hatte, das er als seine Wohnung ausgab. Dort erschienen auch zwei Fremde, die als die Erfinder vorgestellt wurden und sich Chemiker Dr. Green und Dr. Schneider nannten. Stern und Starke kündigten dem amerikanischen Arzte eine große Menge von Dollars, Pfundnoten und Gelden aus, und es wurde dann ein großer Hofapparat mit der Dollarmaschine veranlaßt. Während der Operationen verschwanden die beiden Chemiker, und Dr. Vandou hatte eine Uhrzeitung zu einer Fehlgabe. Als Starke die Presse öffnete, fand er nur leere Papierblätter. Die beiden angeblichen Chemiker sind verschwunden. Einer der Helfershelfer der Angeklagten soll ein gewisser Herr Kohn sein, mit dem der Angeklagte ein großes Betragsmandat in Frankfurt a. M. verübt hat und der kassiertlich gefügt wird. Der am meisten geschädigte Junge Starke ist wegen Schwachsinn entmündigt und behauptet, daß sein früherer Freund Stern mit dem Betrüger unter einer Decke gesteckt habe. Das Gericht verurteilte das Schuppbedürfnis der beiden Jungen, indem es davon ausging, daß Leute, die aus Geldgier auf einen herabwürdigen Schwindel hereinfallen, kein Mitleid verdienen. Daher mußte die Strafe milder ausfallen. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungsanstalt als verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte Spanier blieb aber in Untersuchungsanstalt wegen seiner Zugehörigkeit zu einer verurteilten Einbrecher- und Taschendiebstahlbande des Westens.

Handelsnachrichten

Bestärkung des Geldmarkts. Die Lage auf dem Geldmarkt bessert sich sehr, wenn auch Rückschlüsse durch Spekulation aus dem märkischen Geldmarkt nicht abzulesen sind. In der Berliner Börse war am 17. Mai täglich Geld zu 1/2 v. Tausend reichlicher angeboten, auch für Monatsgeld lagen zu sinkenden Zinssätzen Angebote vor.

In der Berliner Wertpapierbörse waren namentlich Wertpapieraktien lebhaft gefragt, wie es scheint in ausländischem Kursanstieg. Man erwartet, daß der Schließkurs des Bergarbeiteraktien beenden werde. Auch die sonst recht lebendige Erleichterung des Geldmarkts dürfte beibehalten.

Inferate haben besten Erfolg.

Nagold. Fruchtmarkt. Markt am 17. Mai. Zuführt waren:

37.66 Ztr. Weizen, Preis pro Ztr.	10.20—10.80 M
4.50 „ Roggen	9.50 M
16.50 „ Gerste	9.20—9.50 M
15.04 „ Hafer	8.00—8.50 M
1.50 „ Kleebohnen	9.40 M

Bis auf etwas Gerste alles verkauft. Bege Nachfrage nach Haler. Nächster Fruchtmarkt am 24. Mai. Frankfurter Getreidebörse, 16. Mai. Amlich wurden bei schwacher Stimmung notiert: Weizen, weicher, 16.75—17.25, Roggen 14.80—15, Hafer inländ. 14.50—14.75, bezgl. ausl. mit Mais getz., Weizenmehl (bei Waggobezug ab Mählenstation) 25.75—28, Roggenmehl 22—23, Kleie 1.25—1.4, Erbsen, Bohn, Erbsen und Bohnen getz., Getreide ohne Sach., Weizenmehl, Roggenmehl und Kleie mit Sach.

Berliner Getreidebörse, 17. Mai. Weizen märk. 15.00—15.90, Roggen 12.80—13.20, Sommergerste 16.40—17.00, Hafer 12.70 bis 13.80, Weizenmehl 21.50—24.50, Roggenmehl 18.75—20.75, Kleie 1.25—1.50, Raps 300.

In den pfälzischen Weinversteigerungen der letzten Woche wurden durchschnittlich für 1000 Liter bezahlt an der Saarde 1921/22: Rotwein 1500 RM., 1922/23 Rotwein 700—810, 1923/24 Rotwein 510, Weißwein 1080—1620.

Schweinemarkt, Febr. Febr. 30—30 M. Kaffee: Markt 80—120, Febr. 30—50 M je 1 Doz., Weizenbörse in Millionen

Berlin	16. Mai	17. Mai	
Holland	100 Guld.	157.80	158.60
Belgien	100 Fr.	20.45	20.55
Frankreich	100 Fr.	88.45	88.75
Dänemark	100 Kr.	71.02	71.98
Schweden	100 Kr.	111.97	112.58
Italien	100 Lira	18.85	19.05
London	1 Pf. Sterl.	18.406	18.495
Newyork	1 Dollar	4.19	4.21
Paris	100 Fr.	24.64	24.78
Schwitz	100 Fr.	74.41	74.70
Spanien	100 Peseta	58.45	58.75
R.-Deut.	100 000 M.	5.98	6.02
Brasilien	100 Kr.	12.45	12.54
Argentinien	100 000 Kr.	4.45	4.52
Chile	1 Peso	0.375	0.385
Peru	1 Sol	1.555	1.595
Japan	100 Y. Yen	73.61	73.90

Beipfingen. Jakob 885. 72 J. a. Rettenburg a. N. Josef Straub, Schlosser, 64 J. a. Niederrau. Johannes Fernweber, Fuhrmann, 52 J. a. Seeborn. Eberhard 70 J. a.

Forstamt Nagold.
Gras- und Holzverkauf.
Am Mittwoch, den 21. Mai um 2 Uhr am Tag am Stauwald Staufferhöfle 15 Aa. Laub Brennholz u. 2 Gansen Reis sowie Gras von den Wegen im Stauen u. Brand; um 6 Uhr bei der großen Eiche am Schleichberg das Gras vom Schleichberg und 2 Aa Kadelholzgrund Nr. 139 auf der Ebene bei der Eybank.

Briefporto stets belegen!
Allen Jähren-Reisen, die wir weiterbestehen sollen, ehren wir alle Anfragen bitten wir kein Briefporto oder einen zweiten ferigemachten Briefumschlag beizufügen, da sonst Erledigung nicht möglich.
Schriftleitung „Der Gesellschaft“.

Bienen-schwarm
und einen kleinen Vorken
Honig
hat abzugeben
1791 Joh. Kenz.
Ermungen, 1789
Verkauf 200 Lit.
Obstmist
Haus Nr. 63.

Freiwillige Versteigerung.
Infolge Aufgabe eines Filialbetriebs sind in Walddorf N. Nagold im württemb. Schwarzwald 1774
1 Carbidanlage, 1 Lötmaschine, verschiedene Motore für Drehstrom, Maschinen und sonstiges Bijouterie-Fabrikinventar (Alpaccawaren)
gegen Vorzahlung öffentl. zu versteigern; die Versteigerung findet am Mittwoch den 21. Mai 1924, vormitt. 11 Uhr statt.
Zusammenkunft vor dem Schulhaus in Walddorf.
A. Bosch, Auktionator, Pforzheim.
Hohen Reutin Gemeinde Pforzheim.
Eine 35 Wochen trüchtige
Kalbin
legt dem Verkauf aus
1790 Heinrich Hiller, Teief. Nr. 135 Nagold.

Unentbehrliche Bücher!
Für Kraftfahrer.
Leicht-Motorräder mit 90 Abbildgn. und 2 Taf.
Der kleine Wagen mit 87 Abbildgn. und 2 Taf.
Die Kraftfahrerschule in Frage u. Antwort
Das Motorrad, sein Bau u. seine Behandlung mit 134 Abbildgn. und 2 Taf.
Der Kraftwagen, seine Bedienung u. Pflege mit 63 Abbildgn. und 1 Taf.
Der Automobilmotor u. seine Bestandteile mit 115 Abbildgn.
Jeder Band nur 4 Sch. — Versand franko bei Vorkaufzahlung durch Brief oder auf Nachnahme Stuttgart 5119; bei Nachnahme postal. Porto.
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Als VERMÄHLTE großen
Johannes Schaible
Julie Schaible
geb. Schütz
Schönbronn — Hohenhaaslach
OA. Nagold — OA. Vaihingen a. Enz.
Mai 1924

Möbliertes Zimmer
für sofort gesucht
von solchem Herrn. 1760
Kaufkraft erwirkt
Metallwarenfabrik Nagold.

Zu Wanderungen
empfehlen wir folgende
Spezialkarten
des
Württ. Schwarzwaldvereins
im Massstab 1:50 000

	Pforzheim
Hohloh	Wildbad
	Calw
Friedensstadt	Nagold
	Dornstett
	Horb
Alpirsb.	Sals
Ehrstuh.	Oberndorf
	Rottweil
Tübing.	Spaiching
	Tutt.

Verloren
ging Samstag abend von der Burgstraße bis zur Post ab etwa 1793
Herrenuhr
mit schwarzem Band.
Der ehl. Finder möge dieselbe gegen Belohnung abgeben in der Weichstraße des Plattes.

Fr. E. Löffler
Neues Stuttgarter Kochbuch

35. Auflage
vorrätig in der
Buchhandlung Zaiser
Nagold.

1789 Nagold, den 18. Mai 1924.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter
Christine Gauger
erfahren durften, für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, die treue Pflege der Krankenschwester, den erhabenen Gesang des Vereins u. Sängerkorps, die goldreiche Beileidbegleitung von nah und fern zur letzten Ruhestätte, sowie für die reichen Blumenspenden sagen den herzlichsten Dank!
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ein
Fingerzeig
für unsere Inferanten!

Anzeigen
In den Nummern anfangs der Woche haben den Vorrang, daß sie nicht übersehen werden können, da der Angehörige in diesen Nummern meist nicht so umfangreich ist, wie in denjenigen Ende der Woche.
Für die Wander- und Sommerzeit!
Gitarren und Mandolinen
Guitarretaschen,
schöne Zierbänder
in großer Auswahl bei
G. W. Zaiser, Nagold.
Eine gute
Schneider-Nähmaschine
verkauft 1792
Wer? laßt die Beschäftigung b. G.
Was schenke ich zum Geburtstag?
Ein schönes Bild
zu M. 1.—
Große Auswahl bei Buchhandlung
G. W. ZAISER